

Hinweise zum Datenschutz im Rahmen der Beantragung von Leistungen zur Bildung und Teilhabe (BuT) nach § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) gilt ein Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die DS-GVO als auch insbesondere das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) und das Bundeskindergeldgesetz (BKGG) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Sie werden daher über Folgendes informiert:

1. Kontaktdaten

Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen Stelle

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin,
Bezirksstadtrat für Bürgerdienste und Wohnen
Herr Thomas Braun
Anschrift: Premnitzer Str. 11, 12681 Berlin
E-Mail: BzStRBuergWohn@ba-mh.berlin.de

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Herr Walzendorf
Anschrift: Alice-Salomon-Platz 3, 12627 Berlin
E-Mail: Datenschutz@ba-mh.berlin.de

2. Zweck der Datenverarbeitung

Soweit es für die Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes bzw. zur Ermittlung der Berechtigung zur Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen erforderlich ist, werden ihre Daten und die Daten ihres Kindes, für das sie Bildungs- und Teilhabeleistungen beantragt haben, manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d. h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, §§ 67a ff. SGB X, § 7a BKGG).

3. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der anspruchsbegründenden Daten ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt (Artikel 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO, §§ 67a ff. SGB X, § 7a BKGG). Die Angaben im Leistungsantrag sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen. Werden Kontoauszüge vorgelegt, dürfen Verwendungszweck bzw. Empfänger einer Überweisung – nicht aber deren Höhe – geschwärzt werden, wenn es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 9 DS-GVO handelt (Angaben über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit, Sexualleben oder der sexuellen Orientierung).

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von erweiterten Kontaktdaten wie Telefonnummer bzw. E-Mailadresse ist bei Vorliegen einer Einwilligung des Nutzers Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe a DS-GVO.

4. Angaben zu Empfängern oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die Leistungsbehörde darf nach § 7a BKGG an die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter) personenbezogene Daten übermitteln, soweit dies zur Erbringung und Abrechnung der Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 28 SGB II erforderlich ist.

Sofern Sie nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirken, kann die Leistungsbehörde auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben bei anderen Sozialleistungsträgern (z.B. Familienkasse) nach §§ 3, 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X, inwieweit z.B. von anderen Sozialbehörden Sozialleistungen beantragt, bewilligt oder eingestellt wurden oder inwieweit Aussicht auf Bewilligung dieser Leistungen besteht.

Zur Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen der §§ 68, 69 SGB X an die Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt.

5. Dauer der Datenspeicherung bzw. Löschung ihrer personenbezogenen Daten

Die Daten werden von der Leistungsbehörde gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung, nämlich der Durchführung des § 6b des Bundeskindergeldgesetzes, nicht mehr erforderlich sind die rechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Eine Frist zur Aufbewahrung besteht für längstens zehn Jahre, um z. B. Entscheidungen über rückwirkende Änderungen bzw. bei Rechtswidrigkeit zu ermöglichen, § 18 BKGG in Verbindung mit § 45 Abs. 3 Satz 4 SGB X. Innerhalb der vorstehend genannten Fristen besteht kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO.

6. Rechte der betroffenen Person - Recht auf Auskunft, auf Berichtigung, auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch; auf Unterrichtung; Widerruf einer Einwilligung; Beschwerde

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i. S. d. DS-GVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

Wenn Sie eine **Auskunft** nach Art. 15 DS-GVO zu den zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten wünschen, wenden Sie sich bitte an die zuständige Leistungsbehörde. Sie können auch den Datenschutzbeauftragten zu Rate ziehen. Auf Wunsch wird Ihnen ein Auszug zu den zu Ihrer Person gespeicherten Daten zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie jederzeit die unverzügliche **Berichtigung** oder Vervollständigung dieser Daten verlangen, Art. 16 DS-GVO.

Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z.B. dann in Betracht, wenn die Leistungsbehörde die Daten nicht mehr länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

Im Zusammenhang mit der Antragsbearbeitung besteht kein **Recht auf Datenübertragbarkeit** nach Art. 20 DS-GVO, da die Datenverarbeitung in den Verfahren nach § 6b BKGG im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 20 Abs. 3 DS-GVO).

Es besteht auch kein Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 21 Abs. 1 DS-GVO, da rechtliche Vorschriften die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 84 Abs. 5 SGB X).

Sollten Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer ausdrücklichen **Einwilligung** verarbeitet (d.h. insbesondere erhoben) worden sein, können Sie diese Einwilligung jederzeit nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO widerrufen. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt. Der Widerruf ist zu richten an das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Bürgerdienste und Wohnen, Amt für Bürgerdienste / Fachbereich Wohnen, 12591 Berlin.

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger **unterrichtet** zu werden.

Sollten Sie mit den Auskünften der Leistungsbehörde bzw. mit der von ihr vorgenommenen Verarbeitung personenbezogener Daten nicht einverstanden sein, können Sie sich mit einer **Beschwerde** an die/den Landesdatenschutzbeauftragten als Aufsichtsbehörde wenden. Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DS-GVO.

Name und Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Friedrichstr. 219

10969 Berlin

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de